

**EG IN DER SACKGASSE**

**VORAN**

**ZU DEN  
VEREINIGTEN  
SOZIALISTISCHEN  
STAATEN  
VON EUROPA**

**VORAN** - *Broschüre*

**1.50 DM**

# EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT IN DER KRISE

## FÜR DIE VEREINIGTEN SOZIALISTISCHEN STAATEN VON EUROPA!

Der jüngste Beschluß europäischer Regierungschefs, Englands Zahlungen an den europäischen Haushalt zu verringern, hat wieder einmal deutlich gemacht, wer der eigentliche "Zahlmeister" Europas ist: Der Arbeiter.

Die Bundesregierung hat sich bereiterklärt, innerhalb von drei Jahren die zusätzliche Summe von 2,5 Mrd. DM in die EG-Kasse zu zahlen. Dieses Geld sollte zuerst locker gemacht werden, indem man das "Steuerpaket" (d.h. fest versprochene Steuererleichterungen für die Lohnabhängigen) zusammenstreichen wollte. Hier stand vor allem der Familienlastenausgleich zur Debatte. Doch dann besann man sich eines anderen und erhöhte "nur" die Steuern für Brandwein, Mineralöl und Tabak! Dies zusätzlich zu der Agrarpreiserhöhung, die der Beschluß ohnehin schon enthält!

Die Europabegeisterung früherer Jahre ist einer wachsenden Europakritik gewichen. Europa ist lästig und teuer geworden. Zunehmend beklagen sich auch einzelne Regierungen über die Zustände in der Gemeinschaft. England möchte eine Umverteilung der EG-Gelder zu Gunsten der Regionalförderung sehen, für die bisher kaum Mittel vorhanden sind. Italien bemängelt die EG-Subventionierung: während der EG-Garantiefond 1979 für die Landwirtschaft des hochindustrialisierten Belgien eine Unterstützung in Höhe von 12.000 DM pro Beschäftigten vorsah, mußte sich das arme und strukturschwache Italien mit 1.300 DM begnügen.

Doch trotz aller Kritik und Belastungen möchten die Regierungen die EG nicht leichtfertig auf's Spiel setzen. Denn diese hatte und hat, neben der agrarpolitischen (u.a. für Nahrungsmittelkonzerne wie Nestlé) noch eine andere wirtschaftliche und politische Bedeutung für die restliche Industrie.

### EG im Aufschwung funktionsfähig

In der Aufschwungsphase nach dem Kriege suchten die europäischen Unternehmer nach Wegen, die engen und den Warenverkehr hemmenden nationalen Grenzen zu überwinden. Den Vertretern des deutschen Kapitals war klar, daß sich der deutsche Kapitalismus nur in Zusammenarbeit mit dem europäischen Kapitalismus und durch dessen Absatzmärkte entwickeln konnte. Nur auf dieser Grundlage konnten sie mit dem starken US- und japanischen Kapitalismus konkurrieren. Diese Zusammenarbeit zahlte sich für die Unternehmer aus:

Die BRD konnte ihren Export (Maschinenbau etc.) bis zu 50% in europäischen Staaten absetzen. Der gemeinsame Agrarmarkt - für Frankreich die Geschäftsgrundlage bei der Gründung der EG - brachte den französischen Großgrundbesitzern enorme Profite. So werden einige Produkte des französischen Agrarexports, z.B. Weizen und Zucker bis zu 36%, und Butter und Milchpulver bis zu 300% (!) über den Weltmarktpreisen im Rahmen der europäischen Marktordnung gehandelt.

### Wachsende Wirtschaftskrise läßt Illusionen platzen

Indem sie auf dem Weltmarkt geschlossen auftraten, konnten die europäischen Kapitalisten - besonders die deutschen - ihre Position stark ausbauen. Unter dem Eindruck der allgemeinen wirtschaftlichen Schönwetterlage wurde noch 1971 beschlossen, bis '80 stufenweise eine Wirtschafts- und Währungsunion einzuführen. Viele Europa-Parlamentarier hatten große Illusionen in die europäische Zusammenarbeit, die - so wünschten sie - mit der Schaffung eines übernationalen Staates gekrönt werden sollte.

Doch in den 70er Jahren wich das wirtschaftliche Hoch einem heraufziehenden Tief. Das Wachstum des Welt-handels verlangsamte sich drastisch: '73 = 14%, '74 = 5%, '75 = 0%. Die Weltwirtschaftskrise 1974/75 müßte eigentlich auch dem letzten europäischen Hinterbänkler deutlich machen, daß es bei Europa nicht um die Verwirklichung humanistischer Ideale, sondern um die nackten Profitinteressen der Konzerne und Banken ging (falls er es nicht schon längst weiß). War in der Aufschwungszeit leicht ein gemeinsamer Nenner der europäischen Staaten gefunden - die Aussicht, an Europa zu verdienen - so traten mit der einbrechenden Krise mehr und mehr Querelen um Beitragszahlungen und Ausgabenpolitik in den Vordergrund der EG-Diskussionen. Wirtschaftliche Schwierigkeiten veranlassen die Regierungen jetzt dazu, so hirnrissige - aber früher leicht zu verkraftende Ausgaben - wie für den Agrarmarkt zu kritisieren und die EG insgesamt in Frage zu stellen. Enttäuscht stellt Heide Wieczorek-Zeul (Europa-Parlamentarierin und Ex-Jusvorsitzende) auf dem SPD-Wahlparteitag in Essen fest: "es wird sich zeigen, daß wir in der europäischen Gemeinschaft maßgebende Reformen durchführen müssen, damit sie innerlich stabil bleibt. Es nutzt uns nichts, wenn sie nur kurzfristig handlungsfähig bleibt, wenn sie in ein, zwei Jahren an ihren eigenen Widersprüchen zugrunde geht!"

### Nationale Alleingänge

Jedes Land der EG ist von der Krise betroffen. Italien, Frankreich und die BRD haben je rund 1 Mio. Arbeitslose (Großbritannien sogar 2 Mio.), steigende Inflationsraten (von 5-20%) und eine wachsende Staatsverschuldung. Anstelle der gemeinsamen Politik versucht jedes Land, einen nationalen Ausweg aus der Krise zu finden. Dies drückt sich politisch in der Tatsache aus, daß die nationalen Regierungen nicht dem Europaparlament die entscheidende Gewalt einräumen, sondern diese beim europäischen Rat belassen. Dort werden die Interessen der Mitgliedsstaaten direkt vertreten. Keine nationale kapitalistische Regierung möchte auf ihren Einfluß und ihren Staatsapparat freiwillig verzichten. Daran werden auch die größten Tränen enttäuschter Euro-Parlamentarier nichts ändern. Hans Joachim Seeler (Hamburg) stellte auf dem SPD-Wahlparteitag in Essen zur Arbeitsweise des Rates fest: "Immer wieder ist es nationaler Egoismus oder die Rücksichtnahme auf Wähler oder vermeintliche Wähler gewesen, die den Mut zur Entscheidung hat fehlen lassen."

### Lose Vereinigung

Als der Kursverfall des amerikanischen Dollars auch das europäische Währungsgefüge auseinanderbrachte, schuf man die "Währungsschlange". Doch nur allzu oft scherten einzelne Länder aus dieser Schlange aus und werteten ihre Währungen ab, um dadurch die Konkurrenzfähigkeit ihrer eigenen nationalen Produkte zu steigern.

Dies sind die ersten Anzeichen dafür, daß die EG im Sturm der vor uns liegenden Jahre Schiffbruch erleiden wird. Schon jetzt wird deutlich, daß die Mitgliedsländer "Keht Marsch!" machen und sich in Richtung einer losen Vereinigung nationaler Staaten bewegen, deren Engagement sich darauf beschränkt, was das jeweilige Interesse der nationalen Kapitalisten noch notwendig erscheinen läßt:

Die deutschen Unternehmer haben ein Interesse an der Aufrechterhaltung des europäischen Marktes, weil 50% des Exports in den EG-Staaten abgesetzt wird und jeder vierte Arbeitsplatz vom Export abhängt. Nicht auszudenken, welche Arbeitskämpfe ausgelöst werden



»Ich bin es leid, täglich für den Aufschwung Reklame zu machen, und möchte endlich wieder mit dem Mercedes ins Kanzleramt!«

könnten, wenn dieser Markt wieder durch innereuropäische Zoll- und Handelsbeschränkungen begrenzt und die deutsche Wirtschaft in die roten Zahlen treiben würde. Kritik übt die Bundesregierung daher nur an den für sie kostspieligen und unbefriedigenden Agrarmarktkonzept.

Die französischen Kapitalisten, die über eine starke Großgrundbesitzer-schicht verfügen, haben großes Interesse daran, daß die guten Profitbedingungen für den Agrexport (dem wichtigsten Exportzweig Frankreichs) bestehen bleiben und will die deutsche Kritik daher nicht verstehen. Folgerichtig wehren sie sich auch gegen die Aufnahme von Spanien, Portugal und Griechenland - allesamt agrarorientierte Länder - in die EG. Nicht etwa, wie vordergründig argumentiert wird, weil dort die demokratischen Verhältnisse sich noch stabilisieren müßten, sondern weil sie keine unliebsamen Konkurrenten auf den Hals bekommen möchten.

Die Furcht, von protektionistischen Maßnahmen betroffen zu sein, hat das französische Kapital dazu veranlaßt, auch die Industrie weiter auszubauen, um so eine "unabhängigere" Stellung im Weltmarkt einzunehmen. Milliarden werden in Rationalisierungsinvestitionen gesteckt. Selbst die FAZ, Sprachrohr der Unternehmer, stellte am 4.6.80 fest: Frankreich "rückt mit neuen Technologien und neuen Produkten in der Statistik des Welthandels kräftig nach vorn!"

#### Großbritannien und die EG

Für England schließlich ist die EG die letzte Hoffnung. Der Verlust des Commonwealth hat die britische Industrie sämtlicher Absatzmärkte beraubt. Vom Beitritt erhoffte sich das englische Kapital eine Wiederbelebung des Wettbewerbs und die Sanierung der Wirtschaft. Doch die "Investitionslücke" ließ

die Produktionsmittel hoffnungslos überaltern. Sie können nicht mit den europäischen konkurrieren. Selbst im eigenen Land mußten die britischen Unternehmer Markteinbrüche hinnehmen. So sind 54% der Autos importiert, 50% der Kühlschränke und nahezu 100% der Motorräder. Zu den bereits bestehenden Belastungen kamen jetzt noch 2 Mrd. Pfund Handelsverluste durch den EG-Beitritt hinzu. Die englischen Kapitalisten hatten sich verrechnet: Statt den europäischen Markt selbst zu erobern, wurde der englische von den Europäern vereinnahmt. Die britische Regierung erzwang unter Androhung des Austritts die bereits erwähnte Kompromißlösung. Der britische Austritt hätte die ganze EG gefährdet und den künstlich geschaffenen Binnenmarkt auf's Spiel gesetzt. Das finanzielle Zugeständnis der deutschen Regierung ist daher so zu verstehen, daß die EG, gerade im Hinblick auf die zunehmenden protektionistischen Maßnahmen im Welt-handel, auf jeden Fall erhalten bleiben muß - auch wenn es (natürlich des Steuerzahlers) Geld kosten sollte. Die Interessen der Privatwirtschaft gehen vor. Wenn deutsche Waren nicht mehr in Japan oder den USA abgesetzt werden können, dann wenigstens in Europa.

Die EG ist zu einem Selbstbedienungs-laden geworden, in dem niemand die Rechnung zahlen möchte. Dies ist natürlich alles andere als eine gute Ausgangslage für die europäische Einheit (d.h. die Einheit der europäischen Kapitalisten!). Daß die internationale Arbeitsteilung eine Zusammenarbeit, zumindest auf europäischer Ebene notwendig gemacht hat, zeigt im Ansatz die Europäische Gemeinschaft. Doch kurzfristige Profitperspektiven und Sorgen um die eigenen Absatzmärkte und Konkurrenzfähigkeit bilden ein unüberwindbares Hindernis auf diesem Weg.

Die kapitalistische Wirtschaftsordnung läßt die Zusammenarbeit im Keim ersticken!

#### Stahlkartell geplatzt

So werden auch in Zukunft die Arbeiter die Rechnung für die europäische Mißwirtschaft bezahlen. Dies ist für sie nichts neues. Wenn bei der EG geplant wurde, dann immer zu Lasten der europäischen Arbeiter. Der "Davignon-Plan" legt hierfür ein beredtes Zeugnis ab: Er sah vor, daß die europäische Stahlindustrie bis Ende '81 rund 140.000 Arbeitsplätze gleichmäßig über die verschiedenen Länder verteilt abgebaut werden, damit es in den einzelnen Regionen nicht zu unkontrollierbaren Arbeitsniederlegungen kommt. Aus nationalen Wettbewerbsgründen wollen die die Stahlbarone jetzt diese "Konzertierte Aktion" platzen lassen und lieber nach eigenen Gutdünken entscheiden. Wenn sie das Kartell verlassen, heißt das natürlich nicht: die bedrohten Arbeitsplätze werden gerettet. Im Gegenteil! Die Stahlbarone treten nicht aus Liebe zu den Arbeitern aus, sondern weil sie sich nicht mehr der freiwilligen Produktionsbeschränkung unterordnen wollen. Diese wurde 1977 unter Mithilfe der Brüsseler Eurokraten vereinbart, um sich gegen einen ruinösen Preiswettbewerb zu schützen. Als Brüssel, das die Produktionsquoten vorgab, die Fertigung von Walzdraht und Feinblechen noch mehr zu begrenzen suchte, sahen die Schlußlichter unter den deutschen Stahlkonzernen rot: Ihre Hochöfen und Walzwerke waren schon jetzt nur zu 80% ausgelastet. Weitere Produktionseinschränkungen hätten Kurzarbeit zur Folge gehabt. Die Konzerne zum Anlaß, das Stahlkartell platzen zu lassen. In Zukunft wird die Produktion wieder voll ausgefahren und der Markt mit Stahl überschwemmt werden. Ein Preiskampf aller gegen aller wird einsetzen. Die schwächsten werden auf der Strecke bleiben und in einzelnen Regionen werden die Arbeitslosenzahlen in die Höhe schießen.

#### Europa der Konzerne...

Arbeitsplatzabbau, Preissteigerungen bei Nahrungsmitteln trotz Überschusses, Umverteilung von Steuergeldern, die für Sozialinvestitionen vorgesehen waren, zu Gunsten der europäischen Industrie und Mißwirtschaft - nur damit einige Konzerne ihre Profite machen. So sieht die Rechnung aus, die der Arbeiter für das Europa der Konzerne bezahlen muß. Er wird der Leidtragende sein, wenn er sich nicht wehrt. Die Marktgesetze des Kapitalismus zwingen die Unternehmer dazu, um Absatzmärkte zu kämpfen. Daß es friedlich und im gegenseitigen Einverständnis nicht geht, zeigt das gegenseitige Mißtrauen und die Aufkündigung selbst der wirtschaftlichen Zusammenarbeit wie im Stahlbereich. Die EG ist in Auflösung begriffen. Die letzte Steigerung eines sich verschärfenden Handelskrieges wäre die Behauptung und Eroberung von Absatzmärkten mit "Feuer und Schwert". Ein Krieg wird aber erst möglich sein, wenn zuvor der Widerstand der europäischen Arbeiterklasse gebrochen sein wird.

#### ...oder Europa der Arbeiter?

Bereits in verschiedenen Solidaritätsaktionen kam zum Ausdruck, daß die Arbeiter der verschiedenen EG-Länder sich nicht gegeneinander ausspielen lassen:

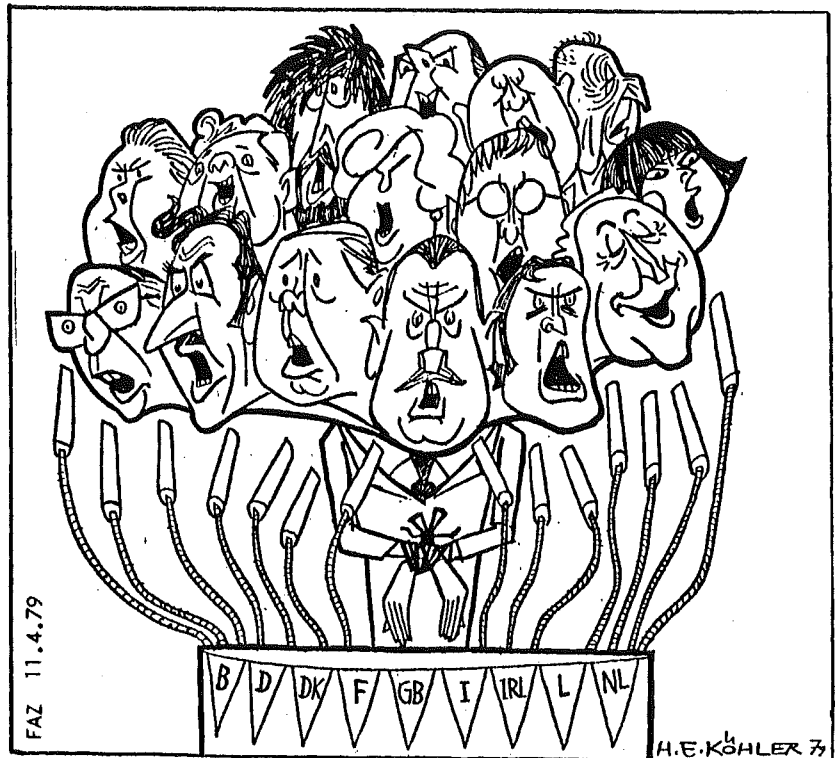
\* So demonstrierten deutsche und französische Stahlkocher Seite an Seite gegen die Schließung von Stahlbetrieben in Longwy.

\* Deutsche Drucker weigerten sich, die englische Zeitung "The Times" zu drucken, als ihre britischen Kollegen diese bestreikten.

Selbst in "kleinen" und rückständigen Ländern wie Portugal und Spanien hat die Arbeiterbewegung ihre Stärke gezeigt. Zwei Diktaturen wurden gestürzt. Die Ereignisse in Portugal und Spanien sind eine Vorwegnahme der vor uns liegenden Jahre sozialer Unruhe, die auch die heute hoch verhältnismäßig stabile BRD nicht unberührt lassen werden. Der gemeinsame Kampf der europäischen Arbeiter gegen das europäische Kapital ist unerlässlich.

Das Europa der Konzerne steht und fällt mit der Macht der Monopole und ihrer Antriebsfeder, der kapitalistischen Wirtschafts(un)ordnung. Nur indem diese ersetzt wird durch ein demokratisch geplantes Wirtschaftssystem auf der Grundlage der Verstaatlichung der Großkonzerne und Banken unter Arbeiterkontrolle und -verwaltung können die Bedürfnisse der europäischen Bevölkerung erfüllt werden.

Ingolf Becker  
SPD-Mitglied  
Remscheid



Das Europa-Parlament: Es darf reden — hat aber nichts zu sagen  
SO ZYNISCH SIEHT AUCH DIE PRESSE DES KAPITALS DEN  
ZWECK DES ZU WÄHLENDEN EUROPA-PARLAMENTS.

# KAPITALISTISCHE EG

## Zerfall oder Integration ?

Daß in Parlamenten sowieso vielzuviel über die Köpfe der arbeitenden Bevölkerung hinweg geredet wird, daß das Parlament oft nichts anderes als eine Schwatzbude ist - dies ist die berechtigte Ansicht vieler Arbeiter. Die wirklichen Entscheidungen über unser Leben und unsere Zukunft - die werden nicht in Parlamenten gefällt, sondern ganz woanders - nämlich hauptsächlich dort, wo auch die wirtschaftliche Macht konzentriert ist, in den oberen Etagen der wenigen hundert Großkonzerne und Großbanken, die unsere Wirtschaft und damit unser Leben beherrschen. "Wirtschaftliche Macht wird zur politischen Macht", so heißt es schon zurecht im Godesberger Grundsatzzprogramm der SPD.

Umso mehr muß dies gelten für ein künstlich geschaffenes europäisches Parlament, das im luftleeren Raum hängt, ohne echte Vollmachten und Befugnisse.

"Sicher, die Wahlen werden an den unzureichenden Befugnissen des europäischen Parlamentes zunächst nichts ändern", heißt es in den "Europa-Informationen" vom Vorstand der SPD. Auch die bürgerliche Presse muß zynisch eingestehen, daß aus dem ganzen Spektakel ohnehin nichts anderes herauskommen kann als eine Quasselbude: "Das Europa-Parlament: Es darf reden - hat aber nichts zu sagen", lautet die Unterzeile einer Karikatur in der großbürgerlichen FAZ (11.4.79). So müssen - auf ihre Weise - auch die entschiedenen Verfechter der Europäischen Gemeinschaft eines eingestehen:

Entscheidende gesellschaftliche und politische Veränderungen im Sinne der Arbeiterbewegung sind noch nie von Parlamenten oder sonstigen staatlichen Gremien ausgegangen, am wenigsten von künstlichen übernationalen Gebilden, die nicht einmal einen Stellenwert ha-

ben im Rahmen einer nationalen bürgerlichen Demokratie.

Und auch die Materialschlacht um Europa, die überall auf uns einwirkt, kann uns nicht über zwei Tatsachen hinwegtäuschen:

- Der in den letzten 20-30 Jahren unternommene Versuch, auf kapitalistischer Grundlage (West-) Europa wirtschaftlich und politisch zu einigen, ist letzten Endes zum Scheitern verurteilt.
- Noch bizarrer muß deshalb der Versuch erscheinen, über verkrüppelte Institutionen eines kapitalistischen Europas diesen Kontinent im sozialistischen Sinne umgestalten zu wollen.

### Nationalstaat als Fessel

Schon im vergangenen Jahrhundert erklärten die Gründer unserer Bewegung, Marx und Engels, wie der aufstrebende Kapitalismus die Produktivkräfte (Herrschaft des Menschen über die Natur), die Fabriken, Kommunikation, Technik

und Wissenschaft in einem Ausmaß entwickelt, das über die engen Schranken des Privateigentums und der Grenze von Nationalstaaten bald hinaus geht. Privateigentum und Nationalstaat werden so zu einer Fessel für die weitere weltweite Entwicklung der Produktivkräfte. Im Godesberger Programm der SPD heißt es dazu: "Die gesellschaftlichen Kräfte, die die kapitalistische Welt aufgestellt haben, versagen vor dieser Aufgabe unserer Zeit. Ihre Geschichte ist eine imponierende Entfaltung technischen und wirtschaftlichen Aufschwungs, aber auch eine Kette verheerender Kriege, riesiger Massenarbeitslosigkeit, enteignender Inflationen und wirtschaftlicher Unsicherheit."

### Kriege

Dem ist nichts hinzuzufügen. Die beiden Weltkriege in diesem Jahrhundert sind genau ein Ausdruck für den Versuch, die Produktivkräfte ungehindert von den Schranken der Nationalstaaten zu entwickeln - durch Eroberungs- und Raubfeldzüge! Eine entscheidende Triebfeder hinter der historischen deutsch-französischen "Erbfeindschaft" war das Bedürfnis und das Streben, das Eisenerz Lothringens mit der Kohle des Saar- und Ruhrgebiets zu vereinen. Daher drei Kriege innerhalb von weniger als 80 Jahren, daher auch die französische Ruhrbesetzung 1923 und die Konflikte um Elsaß-Lothringen und das Saarland (das erst in den 50er Jahren wieder von der BRD einverleibt wurde).

Während auf der einen Seite schon zwei verheerende Weltkriege logische Folge der Entwicklung kapitalistischer Widersprüche auf internationaler Ebene waren, gab es andererseits in Aufschwungszeiten immer wieder Versuche, die Hemmnisse durch Zoll- und Staatsgrenzen abzubauen und eine wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit zwischen den kapitalistischen Staaten herbeizuführen. Dieses besonders in Europa, einem Kontinent, der geradezu nach Einigung schreit.

### Frühere Einigungsversuche

In den 20er Jahren dieses Jahrhunderts versuchten der französische und deutsche Imperialismus, ihre gemeinsamen Interessen zu koordinieren. 1926 bildeten die Stahlproduzenten aus Deutschland, Frankreich, Belgien und Luxemburg eine internationale Rohstahlgemeinschaft. Auf den Vorschlag der Pariser Regierung, eine Föderation mit dem Ziel einer wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit in Europa zu gründen, antwortete der deutsche Außenminister Stresemann 1929 mit deutlichen Worten:

"Durch den Versailler Vertrag ist eine große Anzahl neuer Staaten geschaffen worden... möchte ich sagen, daß es unmöglich ist, daß sie zwar eine große Anzahl neuer Staaten geschaffen, aber ihre Einbeziehung in das europäische Wirtschaftssystem vollkommen beiseite gelassen haben... Was ist denn die Folge dieser Unterlassungssünde gewesen? Sie sehen neue Grenzen, neue Maße, neue Gewichte... ein fortwährendes Stocken des Verkehrs. Sind diese aus nationalem Prestige heraus geborenen Einzelheiten nicht sämtlich Dinge, die durch die Entwicklung der Zeit längst überholt wurden und diesem Erdteil einen außerordentlichen Nachteil zufügen...?" (Rede vor dem Völkerbund).

### Aus Kriegstreibern...

Doch noch im selben Jahr wurden alle Versuche der Kapitalisten, zu einer internationalen Zusammenarbeit zu gelangen, durch die Weltwirtschaftskrise ihres eigenen Systems zunichte gemacht. Der New Yorker Börsenkrach vom 24. Oktober 1929 führte zu einem weltweiten Konjunktur-Zusammenbruch, zu Kapitalabzug, Zollerhöhungen, zum Konkurs zahlreicher Banken und Konzerne. Internationale Zusammenarbeit war nicht mehr gefragt, jede einzelne nationale Kapitalistenklasse zog sich auf ihren eigenen Staatsapparat zurück und versuchte, sich von der Außenwelt unabhängig zu machen. In Deutschland, wo der Kapitalismus mit am stärksten von der Krise betroffen war, verhalf das Kapital dem Faschismus zur Macht und ebnete damit den Weg zum 2. Weltkrieg.

Nach 1945 war vor allem der imperialistischen Großmacht USA daran gelegen, den am Boden liegenden westeuropäischen Kapitalismus wieder aufzubauen, um stabile politische Verhältnisse auf Weltebene zu schaffen. Milliardenbeträge wurden als sogenannte "Marshall-Hilfe" bereitgestellt - unter der Bedingung, daß die Europäer wirtschaftlich zusammenarbeiten sollten. Bis 1950 wurden dann Schritte zur Erleichterung des gegenseitigen Warenverkehrs und des Zahlungsverkehrs eingeleitet. 1952 wurden im Rahmen der sogenannten Montan-Union alle Zölle im Bereich von Kohle und Stahl zwischen der BRD, Frankreich, Italien und den Benelux-Ländern abgeschafft.

### ... werden »Europäer«

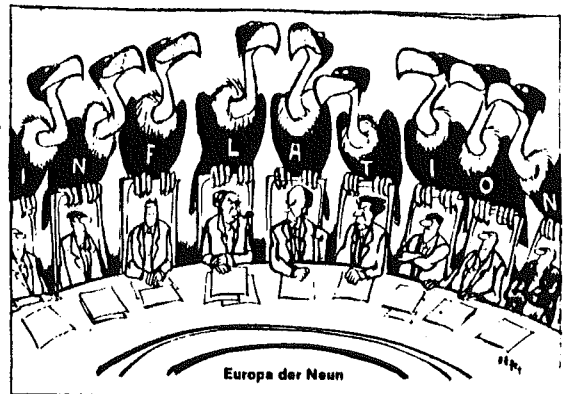
In Bonn erkannten die politischen Vertreter des Kapitals, daß sich der deutsche Kapitalismus nur in Zusammenarbeit mit dem europäischen Kapitalismus und durch seine Absatzmärkte entwickeln konnte. So hieß es in einer Denkschrift des Bundeswirtschaftsministeriums von 1953:

"In den gegebenen nationalen Räumen ist bei dem derzeitigen Stand der internationalen Arbeitsteilung eine solche Steigerung zwar auf sehr vielen Gebieten durchaus möglich, aber sie stößt auf wesentlich engere Grenzen, als sie in einem größeren Wirtschaftsgebiet gegeben sind. Die Vorteile eines größeren Wirtschaftsgebietes liegen vor allem in der Chance, eine gesteigerte Arbeitsteilung durchzuführen. Sie gestattet eine bessere Verteilung der Produktionsstandorte... Sie gestattet auch die zusätzliche Ausnutzung brachliegender Produktionsreserven, deren komplementäre (einander ergänzende -d. A.) Teile auf getrennte Wirtschaftsgebiete verteilt sind. Der Markt eines größeren Wirtschaftsgebietes erhöht die Absatzmöglichkeiten für die einzelne Unternehmung und damit die Chance zur Produktion in größeren Serien mit allen Vorteilen, die sich für die Rationalisierung in Produktion und Handel ergeben."

Dieselben Kapitalisten und Monopolherren, die noch 20 Jahre zuvor Hitler zur Macht verhalfen und von der Kriegsproduktion profitierten, waren jetzt auf einmal wieder zu "Europäern" geworden! Gewiß nicht aus Sentimentalität.

### Römische Verträge

In Aufschwungszeiten können sich Kapitalisten immer zusammenraufen, wenn es darum geht, wachsende Absatzmärkte aufzuteilen. Sobald aber die Beute zusammenschrumpft, fangen sie wie eine Räuberbande an, sich untereinander darum zu zanken.



Und weil in den 50er und 60er Jahren noch einmal ein Wirtschaftsaufschwung auf internationaler Ebene einsetzte, waren dadurch auch die Voraussetzungen für eine begrenzte Zusammenarbeit der kapitalistischen Mächte Westeuropas gegeben. 1958 traten die "Römischen Verträge" zur Bildung einer "Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft" in Kraft. Die sechs Länder, die schon die Montan-Union gebildet hatten, vereinbarten darin u. a.:

- Abschaffung der Zölle
- Gemeinsame Zölle gegenüber Drittländern
- Freier Personen-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr
- gemeinsame Landwirtschaftspolitik
- Schutz des internen Wettbewerbs vor Verfälschungen
- Koordinierung der Wirtschaftspolitik.

In der EWG schlossen sich die europäischen kapitalistischen Mächte zusammen, um den aufstrebenden wirtschaftlichen Weltmächten (USA, Japan, Sowjetunion) als ebenbürtiger Konkurrent entgegenzutreten zu können. Aber selbst bei einem optimalen wirtschaftlichen Zusammenschluß Westeuropas ( doch davon kann nicht einmal im Sinne der Römischen Verträge die Rede sein ) würde der US-amerikanische Kapitalismus immer noch die EG als Gesamtheit überschatten. Die USA haben einen größeren einheitlichen Binnenmarkt, können Massenproduktion rentabler durchführen und sind auch im Forschungsbereich überlegen.

**Konflikte**

Die EWG/EG hat als Zollunion den Welthandel in der Nachkriegszeit mit angeheizt, gleichzeitig ist sie jetzt jedoch zum Hemmschuh für den weiteren Welthandel geworden. In der westlichen Welt stehen sich heute drei Blöcke gegenüber, die schon seit Jahren untereinander Konflikte austragen, die deutlich Ansätze zu einem internationalen Handelskrieg zeigen. Denn schon öfter in den letzten Jahren haben Japan und die USA einseitig Einfuhrbeschränkungen für Güter aus den EG-Ländern verhängt und umgekehrt.

Aber diese heraufziehenden Konflikte zwischen den Blöcken dürfen uns nicht darüber hinwegtäuschen, daß innerhalb der EG selbst der Keim zu großen Konflikten zwischen den kapitalistischen Rivalen gelegt ist - von Anfang an.

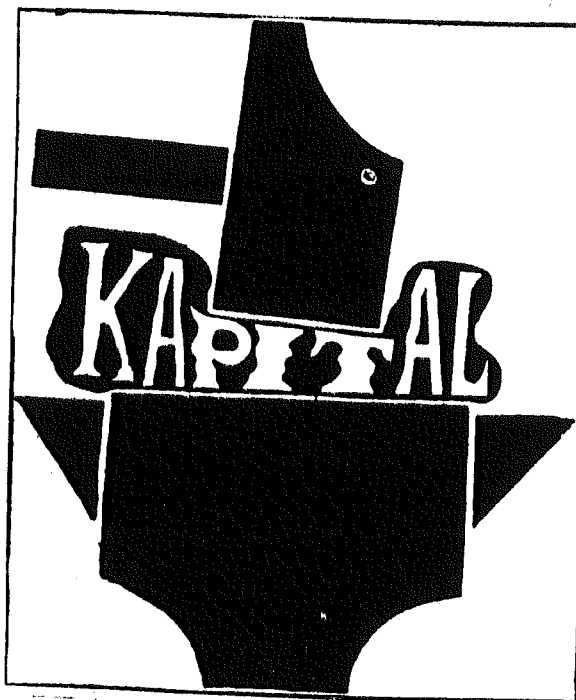
In den "goldenen" 60er Jahren konnte es auf der Grundlage eines steilen und fast ununterbrochenen Aufschwungs noch Fortschritte geben. Zollschränken wurden abgebaut, der Handel weitete sich aus. Allerdings galt dies nicht nur für die EG, sondern für alle westeuropäischen Länder, die sich in jenen Jahren ein Stück des Kuchens erwerben konnten.

Aber seit Anfang der 70er Jahre zeigt sich deutlich, daß die ehrgeizigen Pläne der europäischen Minister- und Bürokraten runden zum Scheitern verurteilt sind. Die 1971 aufgestellte Zielsetzung, bis 1980 stufenweise eine

Wirtschafts- und Währungsunion einzuführen, mußte sehr bald wieder begraben werden. Mit dem drastischen Kursverfall des amerikanischen Dollar geriet das internationale Währungsgefüge total aus den Fugen. Der 1972 gestartete Versuch, in einer "Währungsschlange" die verschiedenen europäischen Währungen aneinander zu binden, mußte nach kurzer Zeit wieder zu den Akten gelegt werden, weil einzelne Länder aus der "Schlange" eigenmächtig ausscheren. Regierungen werteten ihre Währungen ab, um dadurch die Konkurrenzfähigkeit ihrer eigenen nationalen Produkte zu steigern.

" Immer mehr Regierungen sehen sich von Unternehmern und Gewerkschaften strukturschwacher Industriezweige unter Druck gesetzt, Abwehrmaßnahmen gegen die verschärfte internationale Konkurrenz ... zu erlassen .. Man weiß doch, daß protektionistische Maßnahmen in einem Land Kettenreaktionen in anderen provozieren und daß damit auch dort Absatzmöglichkeiten verbaut werden." (FAZ 3.12.77)

Daß die Bundesregierung mit am eindringlichsten vor solchen Tendenzen warnt, liegt in erster Linie daran, daß die Wirtschaft der BRD mit dem Außenhandel



**Zerfall der EG**

In seinem Buch "Die Europäische Gemeinschaft" malt der Nürnberger Professor Wolfgang Harbrecht ein trübes, aber realistisches Bild vom Zustand der EG:

"... müssen erkennen, daß uns die wirtschaftliche Integration in der Europäischen Gemeinschaft auf dem Weg zu einem politisch vereinten Europa nicht vorwärts gebracht hat. Ja, sie müssen sogar zu der deprimierenden Erkenntnis gelangen, daß selbst auf wirtschaftlichem Gebiet der Wille zur Integration zunehmend erlahmt und daß die wirtschaftliche Integration in Europa, die noch keineswegs perfekt ist, zum Stillstand gekommen ist, wenn nicht sogar schon einer entgegengesetzten Tendenz der Desintegration gewichen ist ... sie glauben schon Anzeichen eines beginnenden Zerfalls der Europäischen Gemeinschaft zu erkennen."

steht und fällt. Jeder 4. Arbeitsplatz hängt direkt von der Exportwirtschaft ab. Fast die Hälfte der Exporte geht in Länder der EG, und im Vergleich zu den USA hat die BRD ein dreimal so großes

**Wirtschaftskrise '74**

Den Anfang vom Ende aller Euro-Illusionen stellt die Weltwirtschaftskrise 1974/75 dar. Das Wachstum des Welthandels verlangsamte sich drastisch:

1973	1974	1975
14%	5%	0%

Italien verhängte schon 1974 einzelne Importsperrern, ebenso Dänemark. Hans Apel mußte im "sozialdemokrat magazin" 6/74 kleinlaut gestehen: "Die Strukturunterschiede haben in den letzten Jahren zugenommen. Insofern ist es heute ehrlich zu sagen, bis 1980 kann es keine Wirtschafts- und Währungsunion geben."

Seit jener Zeit überschattet das Gespenst einer neuen Weltwirtschaftskrise ähnlich wie 1929 die kapitalistische Welt:

Außenhandelsvolumen je Einwohner, Die Länder der EG stellen heute insgesamt ein beachtliches Gewicht in der Welt dar:

sie stellen 6,3% der Weltbevölkerung, jedoch 21% der Weltwirtschaftsleistung und 34% des Welt Handels. Die Institution der EG ist jedoch nichts anderes als ein Schönwetterverein, der in Aufschwungzeiten nur begrenzt funktionieren konnte, der aber unter dem Anatum einer schweren Krise früher oder später sich wieder in seine Bestandteile auflösen dürfte, weil dann für barmherzige "Solidarität" und hehre "Europäische Ideen" kein Platz mehr ist. Dann verfährt jede nationale Kapitalistenklasse wieder nach dem Leitspruch: Oh heiliger St. Florian bewahr' mein Haus, zünd' andre an.



Stahlarbeiter in Cardiff: Ein notwendiges Opfer zur Gesundung der Wirtschaft?

Die totale Unfähigkeit der EG, eine europäische Landwirtschaftspolitik im Interesse der Verbraucher und der Kleinbauern zu betreiben, spricht eine deutliche Sprache. Man denke nur an die Milch-, Butter-, Zuckerberge, die massenhafte Vernichtung von Obst und Gemüse, die subventionierten Vieh-Schlachtungen, usw.

Und diese Vernichtung wertvoller Lebensmittel führt zu einer Verknappung und damit Verteuerung der Waren. Otto Normalverbraucher darf die Zeche bezahlen.

### Agrarpolitik

Kleinbauern in der Bundesrepublik sind nicht ohne Grund sauer auf die EG-Agrarpolitik. Über eine Million mußten seit den 50er Jahren ihre selbständige Existenz als Landwirte aufgeben. Die Nahrungsmittelpreise für den Arbeiter und Rentner sind immer stärker geklettert als die Erzeugerpreise für die Bauern:

sie die Milchleistung pro Kuh gesteigert haben - insgesamt DM. 649 Mio. Diese Gelder fließen - zur Gewinnaufbesserung - den Nahrungsmittelkonzernen zu, und zwar in Form von:

- verbilligter Butter für die Speiseeisherstellung
- verbilligtem Butterreineft zum Backen
- Zuschüssen für Produktwerbung und Absatzforschung.

So findet also auch hier eine Umverteilung statt - zugunsten von Nahrungsmittelkonzernen wie Oetker, Unilever und Nestlé. Und neben ihnen ziehen natürlich auch noch die großen Landwirtschafts-Maschinenhersteller, die Chemie- und Mineralölgiganten und die Großbanken ihren Profit aus der Lage der Landwirtschaft. Denn aus dem Zwang zur Beschaffung teurer Hilfsmittel heraus ist die gesamte Verschuldung der Landwirte stark gestiegen:

- 1968 : 23 Mrd. DM.
- 1975 : 29,6 Mrd. DM.
- 1978 : 35,2 Mrd. DM.

Die Landwirtschaft war schon seit jeher einer der kritischen Punkte in der 20-jährigen Geschichte der EG. Bei einem Beitritt der stark landwirtschaftlich ausgerichteten Mittelmeerländer Spanien, Portugal und Griechenland dürften die nationalen bürgerlichen Interessen noch stärker aufeinanderprallen. Offensichtlich traut jede einzelne nationale Kapitalistenklasse dem Nachbarn eben doch nicht über den Weg und will nicht auf die Möglichkeit verzichten, im Notfall sich landwirtschaftlich selbst zu versorgen.

Auch die "europäische Zusammenarbeit" ist alles andere als ein Liebespiel.

### Illusionen

Wie schon Anfang der 30er Jahre, so werden auch in den kommenden Jahren die Illusionen eines vereinten Europas auf kapitalistischer Grundlage wie Seifenblasen platzen. Die Hoffnungen, im Europa der Konzerne Elemente einer "sozialen Demokratie" durchzusetzen, werden ebenso verschwinden.

Es kann auch keine Rede davon sein, daß sich die herrschende Klasse aller Länder zusammenschließt, um einen einzigen übernationalen Staatsapparat zu errichten. Die ganze Erfahrung eines Jahrhunderts spricht dagegen, und gerade jetzt wird deutlich, wie die Herrschenden eines Landes auf ihre eigene nationale Souveränität beharren, auf eigene Armee, Polizei, Grenzen, Währungen, Außenpolitik - sind diese Dinge doch letztlich die Quellen ihrer "eigenen" politischen Macht. Selbst die multinationalen Konzerne, die ohnehin nur einen Teil des gesamten Kapitals ausmachen, haben letztendes auch eine nationale Basis, auf die sie sich gegebenenfalls zurückziehen können.

### Papiertiger

Der Jahreshaushalt der EG liegt mit seinen gegenwärtig 34,3 Milliarden DM sogar noch unter dem 1976er Umsatz des größten europäischen Industriekonzerns, der Royal Dutch/Shell (knapp 40 Milliarden DM), und die Chemie-Giganten Hoechst und BASF kommen mit ihrem Umsatz an die 10 Milliarden heran. Gegenüber diesen Konzernen mutet die EG wie ein Papiertiger an. Und von diesem vergleichsweise bescheidenen Haushalt (zum Vergleich: der Bundeshaushalt liegt schon über 200 Milliarden DM) werden fast drei Viertel für den Agrar-Bereich ausgegeben: "In diesem Jahr beträgt der Haushalt der Gemeinschaft 34,3 Milliarden DM... Davon entfallen auf den Agrarbereich 74,5%, also 25,3 Milliarden DM. 24,1 Milliarden werden für die Preisgarantien ausgegeben, davon allein 9,3 Milliarden DM für die Milchüberschüsse. Der Währungsausgleich kostet 2 Milliarden DM." (FAZ, 4.4.79)

- 1960-69: 14 % Wachstum der Nahrungsmittelpreise
- 8 % Wachstum der Erzeugerpreise,
- 1970-78: 45 % Wachstum der Nahrungsmittelpreise
- 40 % Wachstum der Erzeugerpreise.

Von jeder Mark, die der Endverbraucher für Lebensmittel bezahlt, bekommt der Landwirt im Schnitt noch ganze 46,6 % auf die Hand - den Rest schlucken die Nahrungsmittelkonzerne und Händler.

Für Eingriffe in den EG-Milchmarkt wurden von 1973-78 39 Mrd. DM. ausgegeben.

1979 sind allein 7,7 Mrd. DM. für Ankauf und Einlagerung von Butter und Magermilchpulver vorgesehen. Damit kommen zu den schon bestehenden Überschüssen von 300.000 Tonnen (t) und 473.000 t Magermilchpulver noch weitere 152.000 t Butter und 182.000 t Magermilchpulver hinzu.

Den Bauern wird eine Abgabe abverlangt als Strafe dafür, daß

**Kapitalistische oder ...**

Eine Vereinigung der nationalen kapitalistischen Blöcke wäre nur auf zwei Arten möglich:

1.) Die Beteiligten kommen zu einem freiwilligen Einverständnis. Dies setzt voraus, daß etwa gleich starke Partner vorhanden sind und die wirtschaftliche Entwicklung deutlich aufwärts geht. Das Ungleichgewicht innerhalb der EG wie auch auf Weltebene hat sich aber vergrößert. Außerdem besteht eine nationale Kapitalistenklasse ja aus Schichten mit unterschiedlicher Interessenlage. Schwächere Gruppen, kleine und mittlere Kapitalisten haben von einem ungehinderten Welthandel unter Umständen ruinöse Konkurrenz zu befürchten (z. B. Textil- und Schuhindustrie), während das Finanzkapital, sowie auf internationale Produktion und Export angewiesene Kapitalgruppen an einer breiten internationalen Kooperation interessiert sind.

2.) Auf kapitalistischer Grundlage gibt es nur noch eine andere Möglichkeit: die zwangsweise Vereinigung durch militärischen Druck, durch "Feuer und Schwert". So hat es Hitler versucht und so hat auch Bismarck das Deutsche Reich vereinigt. Eine solche imperialistische "Vereinigung" Europas könnte nur Zustandkommen auf der Grundlage einer erdrückenden Übermacht eines Superstaates, der zur Erlangung dieses Ziels unweigerlich einen neuen Weltkrieg anzetteln müßte. Ein neuer Weltkrieg hat jedoch eine entscheidende Voraussetzung: zuerst müßte die europäische Arbeiterklasse in den Klassenkämpfen der kommenden Jahre eine entscheidende und vernichtende Niederlage erleiden...

**... sozialistische Einigung?**

Wenn wir hier der kapitalistischen EG keine Chancen auf Erfolg einräumen und vor irgendwelchen Illusionen in das europäische Parlament warnen, so heißt dies auf keinen Fall, daß wir gegen die Idee einer europäischen Einigung wären. Die Kapitalistenklasse hat sich jedoch - heute wie damals - als unfähig dazu erwiesen. Die einzige Kraft, die dazu fähig wäre, ist die europäische Arbeiterbewegung.

Und wenn wir Genossen und Kollegen wie Brandt, Vetter, Loderer und Hauenschild in das Europaparlament schicken, dann erwarten wir von ihnen, daß sie gefälligst die Plattform des Parlaments ausnutzen, um bedingungslos die Einheit der europäischen Arbeiterbewegung zu verfechten und kompromislos die Interessen aller Arbeiter vertreten, und nicht, um faule Kompromisse mit dem Großkapital auszumuscheln.

Auf der Grundlage des Kapitalismus kann es weder für die einzelnen Länder noch für Europa insgesamt vorwärtsgehen. Deshalb können wir dem kapitalistischen Zweckverband EG nur mit der Alternative der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa entgegentreten.

Wenn es bisher auf EG-Ebene "Planung" gab, dann nur auf dem Rücken der Arbeiter und Angestellten. Das beste Beispiel dafür ist der "Davignon-Plan", der bis 1981 alleine im Stahlbereich 140.000 Arbeitsplätze vernichten soll.

Eine demokratisch geplante Wirtschaftsordnung auf der Grundlage der Verstaatlichung der Großkonzerne und Banken unter Arbeiterkontrolle könnte die Grundbedürfnisse der europäischen Bevölkerung weitaus besser befriedigen und für immer Arbeitslosigkeit, Unsicherheit und Not beenden.

Hans-Gerd Öfinger, SPD-Mitglied Remscheid

Marxistische Zeitung

**VORAN**

für SPD, Jusos, Falken und Gewerkschaft

VORAN zur sozialistischen Demokratie

Überregionale marxistische Zeitung  
für SPD, Jusos, Falken und Gewerkschaft  
Erscheint im zehnten Jahrgang

Redaktionsanschrift: VORAN, Reinwardtstr. 2, 5630 Remscheid 11  
Telefon: 0 21 91 / 5 49 32

Bankverbindung: : PschA Essen, Konto-Nr. 2500 59-430  
VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V.  
Verantwortlicher Redakteur: Hans-Gerd Öfinger  
Druck: Gegendruck, Reuenberg 82, 4300 Essen-Dellwig